

Volksstimme

Volksstimme

zugleich für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanstra. Nr. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. ca. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzengasse 6, sowie durch die Kolporteurs

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien 12 mm 0,12 Zloty für die achtgepaßene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postkontonummer W. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Rußlands Absage an Genf

Litwinows Brief an Henderson — Abrüstungskonferenz ohne Deutschland

Genf. Herriot ist am Mittwoch vormittag in Begleitung des Kriegsministers Paul Boncour, seines Kabinettschefs Marcel Ragn und des Völkerbundsberichterstatters am Quai d'Orse, Marsigli, in Genf eingetroffen. Gleich nach seinem Eintreffen hat Herriot bereits eine Reihe von Besprechungen mit den hohen Beamten des Völkerbundssekretariats und dem Hauptberichterstatter der Abrüstungskonferenz, Beneš, geführt.

Kurz nach 11 Uhr trat das Büro der Abrüstungskonferenz zum ersten Mal nach der Unterbrechung der Arbeiten vom 23. Juli wieder zusammen. Die Eröffnungs-sitzung ist geheim. An der Sitzung, deren Vorsitz Henderson führt, nimmt Herriot nicht teil.

Zum ersten Mal seit der Eröffnung der Abrüstungskonferenz im Februar d. Js. nimmt Deutschland an der Sitzung des Büros der Konferenz nicht teil. Die deutschen Beamten des Völkerbundssekretariats bleiben ebenfalls an der Sitzung fern, soweit sie nicht beruflich verpflichtet sind, an ihr teilzunehmen. Die Tatsache des Fernbleibens Deutschlands beherrscht heute vollständig die allgemeine Lage und liegt im Mittelpunkt des Interesses.

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat nach einer kurzen geheimen Sitzung beschlossen, in gleicher Weise wie der Völkerbundsrat in Zukunft seine Sitzungen öffentlich und nur, falls unbedingt notwendig, geheim abzuhalten. Zu Beginn der sich daran anschließenden öffentlichen Sitzung gab Präsident Henderson einen Rechenschaftsbericht über die Arbeiten der Konferenz seit ihrer Unterbrechung ab. Er unterstrich u. a. die unverminderte Fortdauer der Weltwirtschaftskrise, die nur durch internationale Zusammenarbeit werden könnte. Die Gründe für die Notwendigkeit einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen seien heute stärker als je. Das Büro müsse jetzt unverzüglich praktische Vorschläge ausarbeiten und die bereits vorbereiteten Ergebnisse müßten in Tatsachen umgesetzt werden. Henderson schloß mit dem üblichen amtlichen Optimismus.

Sobald gab Henderson ein Schreiben Litwinows bekannt, in dem die Moskauer Regierung sich weigert, in Zukunft Vertreter in die technischen Ausschüsse der Konferenz zu entsenden, solange nicht Beschlüsse über wesentliche Herabsetzungen der Rüstungen gefaßt seien. Das Büro erteilte mit Schweigen dem Präsidenten die Zustimmung zur Verschiebung der Aussprache über den deutschen Notenwechsel.

Die Bürositzung verlief vor fast leeren Tribünen ohne das geringste Interesse. Es machte sich allgemeine Ratlosigkeit und Teilnahmslosigkeit geltend. Aufmerksamkeit erregte lediglich eine scharfe Erklärung Litwinows, der den völlig ergebnislosen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen und die hoffnungslose Lage deutlich darstellte. Das Büro müßte dem Hauptauschuss sofort praktische Maßnahmen im Sinne einer Rüstungsherabsetzung auf das von Sowjetrußland angeregte Drittel vorschlagen. Unter diesen Umständen würde Deutschland, dessen Fernbleiben das Büro außerordentlich bedauern müsse, vielleicht wieder in die Abrüstungskonferenz zurückkehren können.

Die Versuche, ohne Deutschland die praktischen Abrüstungsarbeiten weiter zu führen, scheinen bereits am ersten Tage gescheitert zu sein. Die Verhandlung rief in allen internationalen Kreisen einen geradezu kostlosen Eindruck hervor.

Gandhis letzter Kampf

Von H. N. Brailsford (London).

Gandhis Drohung, freiwillig bis zum Hungertod zu fasten, falls die englische Regierung nicht eine ihrer Entscheidungen über das künftige Wahlrecht in Indien widerruft, führt uns zurück in die Welt eines vorgeschichtlichen Glaubens. Es steckt viel mehr in seiner Absicht als ein Appell an die Sympathien seiner Landsleute und der zivilisierten Welt. Es ist ein Stück des ältesten indischen Glaubens und Aberglaubens, daß ein Heiliger, der seinen Leib zu Tode fastet, dadurch eine Macht gewinnt, die ihm zum Meister selbst der Götter und der Sterne macht.

Golgottha.

Nichts verrät bis jetzt, daß die öffentliche Meinung Englands auch nur eine schwache Vorstellung von den Ereignissen hat, denen Indien entgegengeht, wenn nichts geschieht, um das Fasten seines Führers zu verhindern. Tag für Tag, wenn die Nachricht von seinem Befinden selbst in den entferntesten Dörfern von Mund zu Mund geht, werden Millionen Menschen ihre Arbeit verlassen; dieses ungeheure Land, betend, fastend und demonstrierend, wird an nichts anderes denken. Stellt euch eine Kreuzigung vor, die sich von Tagen zu Wochen ausdehnt, ein gläubiges Volk auf den Knien rund um Golgottha — und ihr habt ein Bild des Entsetzens, durch das Indien hindurchgehen wird. Wenn er stirbt, wird die Welt nicht mehr die gleiche sein. Ein Führer, dessen Wort Mäßigung und die Frömmigkeit der Väter war, wird dahingegangen sein und Jung-Indien wird in seinem Zorn gegen das Kaiserreich des Pontius Pilatus zu den Waffen der Gewalt greifen. Die Ursache seiner Opferung aber wird vergessen sein; des Menschen Gedächtnis strebt zum Einfachen und zum Großen.

Tatsächlich hat dieser seltsame Mann eine seltsame Wahl getroffen, als er die Frage der „Unberührbaren“ zum Gegenstand seines letzten Kampfes erkor. Nur wenige Indier außerhalb der Hindugemeinschaft und noch weniger Europäer werden seine Beweggründe verstehen, obgleich man aus andern Gründen die Entscheidung der englischen Regierung mißbilligen mag.

Getrennte Wahlkörper.

Nachdem die Vertreter der verschiedenen indischen Gemeinschaften auf der Indienkonferenz untereinander zu keiner Einigung kommen konnten, hat Ministerpräsident Macdonald eine Regelung der strittigen Fragen diktiert. Sie beruht auf dem Wahlsystem, das die englische Regierung als eine der ersten Reformen in Indien eingeführt hat. Hindu, Mohammedaner und Sikhs bilden eigene Wahlkörper und stimmen getrennt für Kandidaten ihres eigenen Glaubens. Das ist ein Plan, der die Hoffnung auf eine nichtreligiöse Demokratie in Indien zerstören muß; er verweigert den Hader zwischen den Religionen, hindert jede Zusammenarbeit zwischen ihnen und verzögert die Bildung von Parteien, die auf Klassengrundlagen oder auf sozialen Programmen beruhen. Ueberflüssig zu sagen, daß er auch der Entwicklung der indischen Nationalbewegung entgegenwirkt und den Interessen der britischen Herrschaft dient, die auf diese Weise die Minderheiten gegen die Hindumehrheit auspielen und ihre Unterstützung mit Begünstigungen kaufen kann. Ein Proportionalwahlrecht mag ein zu schwieriges System für eine in ihrer Mehrheit analphabetische Wählerchaft sein, aber der Plan, den man in Indien als das „System der vorbehaltenen Sitze“ kennt, würde die Rechte der Minderheiten ausreichend schützen. Nach diesem Plan entfällt auf jeden Fall eine bestimmte Anzahl von Mandaten auf die stärkste Minderheit; dabei kann aber ein Hindu für einen Mohammedaner stimmen und umgekehrt, und die Parteien können Listen vorlegen, auf denen sich die Vertreter beider Bekenntnisse finden.

Die Unberührbaren.

Nun hat Macdonald das elende System der getrennten Wahlkörper auch auf die „Unberührbaren“ ausgedehnt. Diese Ausgestoßenen, deren Zahl 40 Millionen erreicht, stehen in hoffnungsloser Erniedrigung außerhalb der Hindugesellschaft, obwohl sie der Hindureligion angehören. Ihre Berührung, selbst ihr Schatten, entwürdigt einen Kastenhindu; sie dürfen nicht aus dem Dorfbrunnen trinken, nicht den Tempel betreten oder eine Schule besuchen. Sie leben schmutzig, vernachlässigt, unwissend, verachtet in abgechiedenen Gruppen von Hütten außerhalb der Dörfer. Krie-

Englischer Druck auf Deutschland

Was Frankreich von Sir John Simon erhofft

Paris. In gut unterrichteten französischen Kreisen glaubt man, daß der englische Außenminister Sir John Simon in Genf alles versuchen werde, um die Reichsregierung doch noch zur Teilnahme an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu bewegen. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ will aus gut unterrichteter englischer Quelle erfahren haben, die englische Regierung werde der Reichsregierung die Versicherung geben, daß die Frage der deutschen Gleichberechtigung im Rahmen eines besondern Abrüstungsabkommens geregelt werde. Es handele sich dabei um eine tappenweise Abrüstung, so, wie sie auch vom Präsidenten Hoover in seiner am Dienstag im Weißen Haus abgegebenen Erklärung vorgesehen ist. Entschlüsselt, so betont der Berichterstatter des „Petit Parisien“, wolle man die Reichsregierung zu gewissenmaßen zwingen, an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Eine Weigerung würde als ein Beweis dafür angesehen werden, daß Deutschland weniger die Abrüstung der anderen, als die eigene Auf-rüstung wünsche.

London. Der Newyorker Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet, daß die Berichte aus Paris, daß Botschafter Edge und Senator Reed der französischen Regierung Unterstützung des englisch-französischen Standpunktes zugesagt hätten, in Amerika eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hätten. Die Hoovererklärung sei daher, wie man annehme, herausgegeben worden, um Deutschland zu versichern, daß die Vereinigten Staaten sich noch von der Auseinandersetzung fernhielten.

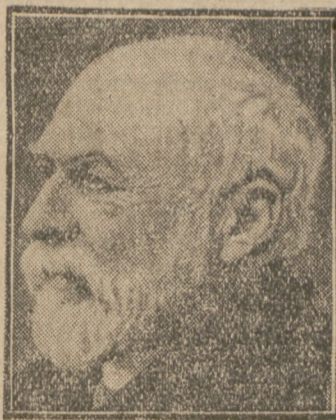
Einigung in Bombay

Gandhi verhandelt. — Der Hungerstreik hinfällig? Bombay. Die in Bombay tagende Konferenz von Kastenhindus und Parias kam in der Frage der parlamentarischen Vertretung der unterdrückten Klassen zu einer Einigung, die Gandhis Forderungen weitgehend entspricht. Der Plan stützt sich auf den Grundsatz der vereinigten Wählerchaft zwischen Kastenhindus und Parias mit angemessenen Sicherungen für die letzteren. Zwei Hindu-Führer besuchten am Mittwoch Gandhi im Gefängnis und legten ihm den Plan vor. Gandhi hat nunmehr den Paria-Führer Dr. Ambedkar zu einer Unterredung eingela-

den, der im Gegensatz zu Gandhi bisher die getrennte Wählerchaft forderte, sich aber neuerdings zu einem Nachgeben bereit erklärte, falls den unterdrückten Klassen gewisse Zugeständnisse gemacht würden. Sollten sowohl Gandhi als Dr. Ambedkar den Plan als annehmbar betrachten, so wäre die Ursache für Gandhis Hungerstreik behoben. Die englische Regierung hat sich bekanntlich bereit erklärt, einen von den Kastenhindus und Parias übereinstimmend aufgestellten Plan über die parlamentarische Vertretung anstelle ihrer eigenen Vorschläge zu sehen.

Keine Landtagsauflösung

Berlin. Ein kommunistischer Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages, der am Mittwoch zu Beginn der Voll-sitzung eingebracht wurde, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen und der Staatspartei abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei war bei der Abstimmung nicht im Saal.



Professor Dr. Hans Bahinger

einer der Führer der deutschen Philosophie und Gründer der Kant-Gesellschaft, kann am 25. September seinen 80. Geburtstag feiern. Als Begründer der Philosophie des „Als ob“ hat er sich weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus einen Namen gemacht.

gerische Niederwerfung steht am Beginn ihrer Erniedrigung und Aberglaube hat sie verewigt; dennoch hat sie eine wirtschaftliche Bedeutung. Sie sind landlose Tagelöhner, jeder Form von Ausbeutung auf den Feldern oder in den Fabriken preisgegeben. Sie bilden eine zahlreiche, aber zerstreut lebende Minderheit, und da sie ihrerseits in viele Unterlasten geteilt sind, die eine der andern als unberührbar gelten, ist es nicht leicht, sie zu organisieren. Nur sehr wenige haben etwas Besitz und etwas Bildung erworben.

Macdonald hat beschlossen, den sehr wenigen „Unberührbaren“, die durch Besitz oder Bildung die Voraussetzungen des Wahlrechtes erbringen, ein zweifaches Stimmrecht zu geben: sie sollen eine Stimme im allgemeinen Wahlkörper der Hindu, die andre in einem neuen eigenen Wahlkörper der Unberührbaren haben. Gandhi verlangt das Wahlrecht für alle, aber er widersteht sich der Schaffung eines getrennten Wahlkörpers mit der Begründung, daß dies das Ausgestoßensein der Unberührbaren nur verewigen und die Einheit der Hindureligionsgemeinschaft zerstören würde. Dieser letzte Grund läßt uns kalt: was Indien am dringendsten braucht, wäre ein frischer Zug freien Denkens, der die klammernde Fessel dieser Religion sprengen und mit ihr das ganze ungeheuerliche Kastensystem hinwegjagen würde. In anderer Hinsicht kann man seinem Gedankengang zustimmen: diese Unberührbaren sind nur ein Teil des indischen Proletariats; es gibt Kastehindus und Mohammedaner, die ebenso arm und elend sind. Der erste Schritt zur Organisation der indischen Arbeiter muß das Niederwerfen dieser religiösen Schranken sein; das ist unmöglich, solange es getrennte religiöse Wahlkörper gibt.

Was nun?

Während Gandhi fastet, wird zweifellos ein Versuch gemacht werden, die Führer der indischen Religionsgemeinschaften zusammenzubringen, damit sie sich auf ein Kompromiß einigen. Das wird nicht leicht sein, aber die Möglichkeit dieses Wunders ist nicht ausgeschlossen, denn Gandhi wird so allgemein geliebt, daß keine Partei, auch nicht die Mohammedaner, irgendeine Verantwortung für seinen Tod tragen will. Wenn eine Einigung zwischen allen indischen Gruppen zustande kommt, hat Macdonald sich im voraus verpflichtet, sie anzunehmen. Wie aber, wenn diese nicht gerade wahrcheinliche Lösung fehlschlägt? Dann wird Gandhis Tat die unmittelbare Wirkung haben, alle Bemühungen der letzten zwei Jahre um die Vorbereitung einer Verfassung für Indien völlig zu vereiteln.

Selbst ohne diesen letzten Schlag bestand wenig Aussicht, daß Indien mit dieser Verfassung einverstanden gewesen wäre; man kann einem Volke nicht eine Verfassung aufzwingen, indem man seine Presse unterdrückt, fünfzigtausend oder nach anderen Schätzungen, achtzigtausend seiner Führer inhaftiert und die Partei zu zerstören versucht, der die Hälfte oder zwei Drittel des Landes folgen. Diese Unterdrückung hat die indische Kongresspartei nicht gebrochen, aber sie hat selbst die gemäßigten Hinduliberalen und die Sikhs in Opposition getrieben.

Das Scheitern einer Verfassung.

Die Verfassung ist unannehmbar vom Standpunkt der Nationalbewegung, da sie dem indischen Bundestag durch mindestens zwanzig Jahre jede wirksame Kontrolle über das Budget, das Heer, die Außenpolitik und das Bankwesen vorenthält, während die Armee nur allmählich indianisiert wird. Es mag sein, daß während der Uebergangszeit gewisse Beschränkungen der vollen Selbstregierung unentbehrlich sind, aber der Zeitraum ist zu lang und die Einschränkungen sind zu enge. Noch viel verwerflicher vom sozialistischen Standpunkt ist das schwere konservative Uebergewicht der Verfassung; die Fürsten der Eingeborenenstaaten behalten ihre autoritative Macht und geben im Bundestag den Ausschlag. Aber auch in Britisch-Indien, wo die Fürsten keinen Einfluß haben, soll das Wahlrecht an den Besitz geknüpft sein; Grundbesitzer und Kaufleute erhalten eine besondere und unverhältnismäßige Vertretung, wogegen den Arbeitern nur einige wenige Sitze vorbehalten sein sollen. Schließlich sorgen die getrennten religiösen Wahlkörper für die Verewigung der Uneinigkeit der Massen.

Niemand wird das Scheitern dieser Verfassung beklagen. Wenn die Weltkrise weitergeht und der indische Bauer unter seiner stets wachsenden Schuldenlast zusammenbricht, dann steht eine Verschärfung der nationalen Bewegung in Indien bevor, bis sie zu dem wird, was sie heute bereits in einigen Gebieten ist — eine soziale Revolte.

Vor den Neuwahlen zum Völkerbundsrat

Sparrpläne des Völkerbundes

Genf. Die Tagung des Völkerbundsrates, die am Freitag unter dem Vorsitz des irischen Ministerpräsidenten de Valera eröffnet wird, wird zunächst bis zum 2. Oktober dauern. Sodann schließt offiziell die Tagung des Rates, da in der Vollversammlung des Völkerbundes die Neuwahlen in den Rat stattfinden werden. Der Völkerbundsrat wird jedoch nach den Neuwahlen noch im Laufe des Oktober zu einer neuen Tagung wieder zusammentreten.

Die hier viel erörterte Frage der Neugestaltung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats soll jetzt auf die im November vorgesehene außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Streit verköhoben werden, da bisher noch keine Einigung über die verschiedenen, seit Jahren laufenden Pläne erzielt worden ist. Es steht jedenfalls fest, daß der italienische Untergeneralsekretär Paulucci sowie der deutsche Untergeneralsekretär Dufour-Jeronce, der zum Gesandten in Belgrad ernannt werden soll, bereits Mitte Oktober aus dem Völkerbundssekretariat ausscheiden.

Während der Vollversammlung des Völkerbundes sollen jetzt energisch die Ersparnismaßnahmen und eine weitgehende Einschränkung des Haushalts des Völkerbundes in Angriff genommen werden. Der Kontrollausschuß des Völkerbundes, der eine außerordentlich scharfe und eingehende Prüfung sämtlicher Ausgaben des Völkerbundssekretariats vornimmt, hat einen hohen englischen Beamten, Sir Malcolm Ramsay, beauftragt, eine eingehende Prüfung der Reformmöglichkeiten der gesamten Völkerbundsbürokratie vorzunehmen. Auf Grund dieser Anweisung hat Ramsay dem Generalsekretär des Völkerbundes einen streng geheimen Bericht erstattet, in dem wie verlautet, die Gehälter der hohen Beamten des Völkerbundssekretariats als zu hoch bezeichnet und weitgehende organisatorische Reformmaßnahmen gefordert werden. Der Jahreshaushalt des Völkerbundes, der jetzt von der Völkerbundsversammlung angenommen werden soll, beträgt 33 Millionen Goldfranken. Es stehen jedoch in diesem Jahr Jahresbeiträge verschiedener Mitgliedsstaaten in Höhe von 24 Millionen Goldfranken aus.

Zaleski meldet Polens Anspruch auf einen Ratsitz im Völkerbund an

Warschau. Vor seiner Abreise nach Genf äußerte sich Außenminister Zaleski noch einmal der polnischen Presse gegenüber, und zwar besonders zu der Frage der Wiederwahl Polens als Ratsmitglied des Völkerbundsrates. Aus

dieser Erklärung geht hervor, daß Polen auf den Ratsitz nicht zu verzichten beabsichtige. Diesen Anspruch begründet Zaleski damit, daß die Bedingungen, unter denen Polen das erste Mandat zum Völkerbundsrat erhalten habe, sich nicht geändert hätten. Vor dem Völkerbundsrat schwebten zahlreiche Angelegenheiten, die Polen direkt angingen, wie der hartnäckige Konflikt in den Minderheitsfragen, jener der Streit um dem Abkommen über Oberschlesien und Danzig und schließlich die Fragen der Sicherheit und der wirtschaftlichen Verständigung.



Mag Slevogt gestorben

Prof. Max Slevogt, der bekannte deutsche Maler, dessen Stil im impressionistischen Stil zu den besten Werken der zeitgenössischen Malerei gehören, ist in Landau im Alter von 64 Jahren gestorben.

Polen und Danzig

Verhandlungsbereitschaft Danzigs in den Danzig-polnischen Streitverfahren — Jetzt hat Polen das Wort

Danzig. In den drei Danzig-polnischen Streitverfahren hatte der Danziger Völkerbundskommissar an die beiden Parteien, Danzig und Polen, die Frage gerichtet, ob sie bereit sind und glauben, durch Verhandlungen auf der Grundlage der neuerlich erstatteten Gutachten der Genfer Sachverständigen zu einer Verständigung zu gelangen. Die drei Streitverfahren sind:

1. Polnischer Antrag auf Feststellungen angeblicher Verletzungen der Danziger Zollverwaltung in Danzig, Veredelungsverkehr, Keiner Grenzverkehr usw.
2. polnischer Antrag auf Abschaffung der Danziger Eigenbedarfskontingente und
3. Danziger Antrag auf Freizügigkeit in Danzig nationalisierter Waren.

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat nunmehr unverzüglich geantwortet, daß sie zu Verhandlungen bereit ist. Sie hat indessen auf die außerordentliche Notlage hingewiesen, in die größte Teile der Danziger Industrie durch die Zwangsmassnahmen der polnischen Regierung gegen die Freizügigkeit von Danziger Waren nach Polen gekommen sind. Zu diesen Zwangsmassnahmen gehört namentlich auch die Fortdauer der polnischen Absperrung gegen Waren aus dem Danziger Veredelungsverkehr, obwohl diese Waren nach der vorläufigen Entscheidung des hohen Kommissars vom März 1932 und nach der Entscheidung des Völkerbunds vom Mai 1932 frei nach Polen eingelassen hätten werden müssen.

Die Regierung der Freien Stadt hat daher vorgeschlagen, daß beide Parteien die Schlussvorschläge dieser Gutachten sofort als vorläufige Regelung schon in Kraft setzen. Da die außerordentliche Schädigung der Danziger Volkswirtschaft infolge der Fortdauer der polnischen Absperrung ein längeres Abwarten nicht mehr zuläßt, hat die Freie Stadt Danzig den hohen Kommissar gebeten, seinerseits auf der Grundlage der Gutachten mit möglichst Beschleunigung zu entscheiden, wenn die polnische Regierung nicht bis zum 22. September 1932 in der Lage sein sollte, den Danziger Verhandlungsvorschlag anzunehmen.

Die Regierungskrise in Ungarn

Karolyi kehrt wieder?

Budapest. Das Kabinett Graf Julius Karolyi ist zurückgetreten. Der Reichsverweser hat das Rücktrittsgesuch angenommen und Graf Julius Karolyi mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Der Entschluß des Kabinetts wurde dem Reichsverweser von Karolyi am Mittwoch mittag mitgeteilt. Die Unterredung dauerte zwei Stunden. Der Ministerpräsident gab dem Reichsverweser einen Überblick über die innenpolitische und wirtschaftspolitische Lage des Landes und wies darauf hin, daß der Rücktrittsentwurf des Kabinetts gefaßt worden sei, um die Vorbedingung für die Entwirrung der schwierigen Lage zu schaffen. Der Reichsverweser legte dem Ministerpräsidenten nahe, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen. Graf Karolyi blieb jedoch bei seinem Entschluß, worauf der Reichsverweser den Rücktritt der Regierung annahm und das Kabinett mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraute.

Budapest. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist Graf Karolyi lediglich zurückgetreten, um der Einheitspartei (der Regierungspartei) die Möglichkeit zu geben, ohne Rücksicht auf seine Person zu der innenpolitischen Lage Stellung zu nehmen.

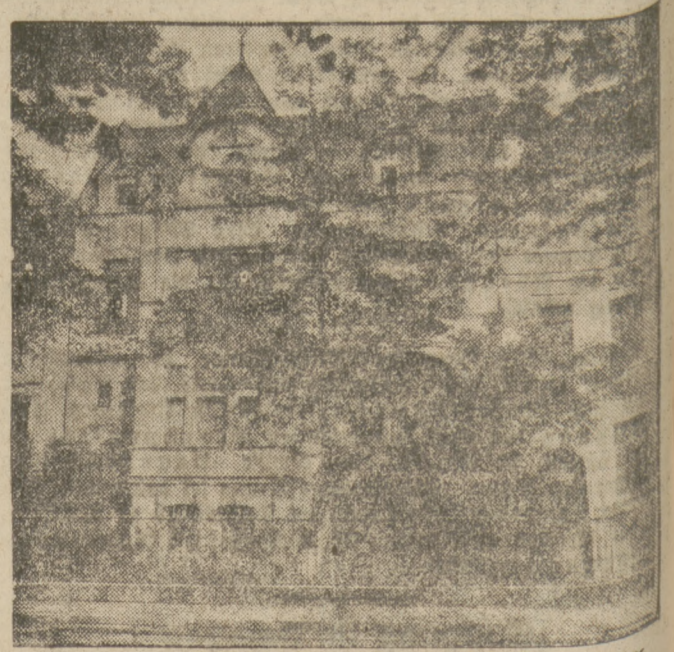
Da Graf Karolyi und sein Kabinett nach wie vor das volle Vertrauen des Staatsoberhauptes und der Parlamentsmehrheit genießt, wird allgemein damit gerechnet, daß Graf Karolyi erneut mit der Bildung des Kabinetts betraut wird.

Die Nazis kneifen

Berlin. Beim Zusammentritt des Preussischen Landtages wurde von der Fraktion der Nationalsozialisten eine Erklärung zu dem Landtagsbeschuß über das Gehorsamsverhältnis der Beamten abgegeben, in der es u. a. heißt, es sei eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten, auch ihrerseits Verfassung und Gesetze in preussischer Pflichterfüllung zu beachten. Ein kommunistischer Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages wurde abgelehnt.

Ein halbes Dorf niedergebrannt

Polen. Im Dorf Borzencice im Kreise Krakau schien brach am Dienstag ein riesiger Brand aus, der das halbe Dorf in Asche legte. Das Feuer war in einem Scheune ausgebrochen. Der starke Wind trug die brennenden Garben auf die benachbarten Häuser, die größtenteils mit Stroh gedeckt waren und in kurzer Zeit in Flammen standen. Es brannten 21 Gebäude mit allen landwirtschaftlichen Maschinen und Erntevorräten ab. Auch zahlreiche Vieh fiel dem Feuer zum Opfer. Die Zahl der Geschädigten beläuft sich auf 111.



Berlin hat das erste „Rinder-Hotel“ der Welt

Das Berliner Rinder-Hotel, das jetzt eröffnet wurde, um Fremden oder Durchreisenden, die in der Reichshauptstadt mit ihren Kindern eintreffen, Gelegenheit zu geben, Beforgungen Einkäufe machen zu können und trotzdem keine Sorge um Kinder zu haben, die sonst während dieser Zeit unbeaufsichtigt bleiben würden. Ein Anruf genügt, und das Kind wird eine Vertrauensdame vom Bahnhof abgeholt. Die Gebühr für den Aufenthalt ist sehr niedrig gehalten.



Gouverneur Schnee aus der Mandchurei zurückgekehrt

Dr. Schnee erzählt bei seiner Ankunft in Berlin von seinen Eindrücken und Eindrücken in der Mandchurei, in der er als deutscher Vertreter bei der Untersuchungskommission des Völkerbundsmonatelang weilte.

Hygienische Vorschriften über Obsttransport und Müllabfuhr

Das Wohlfahrtsministerium, Departement für Gesundheitsdienst hat eine Verordnung über Obst- und Gemüsetransport...

Die Verordnung über die Müllabfuhr dagegen sieht vor, daß die Abfuhr nur in besonderen, hierfür bestimmten Wagen vor sich zu gehen hat.

7 Jahre Gefängnis für Landesverrat

Am Mittwoch verhandelte das Landgericht Kattowitz in einer Spionagefahde, die hinter verschlossenen Türen vor sich ging.

Kattowitz und Umgebung

Weitere Todesopfer der wilden Schächte.

Beim Sammeln von Biedachle verunglückten in einer wilden Schachtanlage, im Ortsteil Jamodzie, der 14 jährige Herbert Milka, sowie der 49 jährige Emanuel Christ, beide wohnhaft in Jamodzie.

In einer wilden Schachtanlage, nahe der Schmalzpurbahnlinie Bogutschütz, verunglückten der 47 jährige Stanislaus Wozniowski, ferner der Teofil Daniel und der 32 jährige Wilhelm Wozniowski...

Deutsche Theatergemeinde. Am Montag, den 3. Oktober, eröffnet die Deutsche Theatergemeinde mit einer Aufführung von „Göz von Berlichingen“ ihre diesjährige Spielzeit.

Schnell tritt der Tod... Auf der Podgorna in Kattowitz brach eine etwa 40 Jahre alte Frau, deren Personalien bisher nicht ermittelt werden konnten, plötzlich bewußtlos zusammen.

Spitzbube als „Bettler“. In der Wohnung der Wanda Rajonk, ulica Gliwida 18 in Kattowitz, wurde ein 45jähriger Mann vorstellig, der um ein Almosen bat und sich als mittelalterlicher Kriegerinvalide ausgab.

Aufkommende, ansteckende Krankheiten. Beim städtischen Kreisarzt in Kattowitz gelangten im Vormonat 25 ansteckende Krankheitsfälle zur Anmeldeung.

Zwangsweise. (Böse Folgen des Alkoholrausches.) Der 29 jährige Franz Nowak, wohnhaft in Beuthen, wurde von der Ortspolizei festgenommen und zwar wegen großen Unfugs.

Königshütte und Umgebung

Nachlassen der Kartoffelbestellungen.

Die vor mehreren Jahren vom Arbeitgeberverband gegründete Kartoffelzentrale in Kattowitz hat scheinbar schon ihren Zweck erfüllt und wird sich von selbst auflösen müssen, wenn die Bestellungen von Kartoffeln durch die Arbeiter- und Angestelltenchaft in den nächsten Jahren so spärlich eingehen werden.

Echo des Arbeiter- und Angestelltenstreits in der Industriegemeinschaft

Eine Anfrage der Regierung bei der Generaldirektion der Kattowitzer Aktiengesellschaft - Werden die Direktorengelöhner gekürzt? - Wir möchten den starken Arm der Regierung gern sehen

Der Arbeiter- und Angestelltenstreik bei der Interessengemeinschaft wurde beendet. Es gibt solche, die da behaupten, daß die Streitenden nichts erreicht, daß sie vielmehr eine Niederlage erlitten haben.

Das trifft alles zu, aber die Tatsache allein, daß wegen Lohnvorenthaltung, 15 000 Arbeiter und mehrere hundert Angestellte länger als eine Woche im Streik ausharrten, ist für das arbeitende Volk schon ein großer Erfolg und für die Stützen der kapitalistischen Weltordnung, mögen sie sich „bürgerliche“ oder „christliche“ Ordnungstugenden nennen, ist das eine Niederlage und zugleich eine Blamage.

So weit mußte es kommen, daß den Arbeitern und Angestellten, der Lohn, der ihnen zugesagt, gesetzlich garantiert und allseits gebilligt, am Fälligkeitstage verweigert wurde, obwohl selbst die Kirche, die alleinsehmachende, die Lohnvorenthaltung als eine der Haupttünden bezeichnet

und jetzt stillschweigend zuseht, wie die Arbeiter und Angestellten um das blutige verdiente Geld kämpfen müssen. Gewiß gibt es Ausreden und Entschuldigungen, die uns allen sattem bekannt sind und die da lauten, daß die sowjetrussischen Wechsel usw. —, aber wie gesagt, das sind Ausreden, die nichts daran mehr ändern werden, daß das Wirtschaftssystem, daß die kapitalistische Weltordnung und die moralischen Stützen dieser Ordnung, am Ende der Litanei angelangt sind, daß sie völlig abgewirtschaftet haben!

Mitleid mit dem Gegner, der sich durch sein verrücktes System selbst eine Schlinge um den Hals gelegt hat.

Die Arbeiterschaft und die Angestelltenchaft der Interessengemeinschaft hat untreitbar einen moralischen Erfolg erkämpft, der nicht nur allein in der Bloßstellung des kapitalistischen Systems

1300 Arbeitern und Angestellten in diesem Jahre nur 750 Zentner Kartoffeln bestellt worden, was etwa 3 Waggons ausmacht, während es früher einmal auch 60-70 Waggons waren.

Deutsche Theatergemeinde Königshütte. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Mitgliederversammlung der Königshütter Ortsgruppe am Donnerstag, den 29. September, 20 Uhr, im Graf Reben (Weißer Saal) stattfindet.

Pfeilerzusammenbruch verschüttet zwei Bergleute. Durch Zubruchgehen eines Pfeilers, wurden die auf dem Krugschacht der Königshütte, unter Tage beschäftigten Bergleute Josef Rubica und Paul Wiczorek aus Chorzow, von Kohlenmassen verschüttet.

Gerüstensturz. An der ulica Jagiellonska 5 stürzte ein Gerüst ein. Die mit den Pugarbeiten beschäftigten Arbeiter konnten sich zum Glück noch an den Gerüstleitern festhalten und bleiben so vor dem Absturz bewahrt.

Von einem Fuhrwerk überfahren. An der ulica Dombrowskiego wurde die 9 jährige Elisabeth Glombik, von der ul. Mielskiego 2, von einem Fuhrwerk, das von dem Kutscher Richard Stolarz gelenkt wurde, überfahren.

Ein seiner Sohn. Dem Friedrich Gwiads von der ul. Kordeckiego 5, ist aus der Wohnung eine Tuberkulose abhanden gekommen. Wie nun die Polizei festgestellt hat, hat sein Sohn Josef die Uhr entwendet und an Bekannte weiter verkauft.

Die Perle. Das Dienstmädchen Helena Sowa aus Königshütte, entwendete ihrem Brotgeber, Kaufmann Schidmann von der ul. Kazimierza 2, Waren und Wäsche, ferner eignete sie sich Garderobensstücke eines anderen Dienstmädchens an, und verschwand damit in unbekannter Richtung.

Fahrraddiebstahl. Als Ernst Baluch aus Chorzow für eine kurze Zeit sein Fahrrad Nr. 18 654 vor dem Postgebäude unbewacht stehen ließ, machte sich ein Unbekannter heran und verschwand damit in unbekannter Richtung.

und seiner Ordnung liegt, sondern noch darin, daß das Vertrauen weiter Kreise zu diesem System erschüttert wurde. Die Kattowitzer „Polonia“ hat einen Artikel veröffentlicht, in welchem sie die hohen Gehälter der Direktoren, als mit den

Grundsätze der katholischen Kirche unvereinbar und unmoralisch bezeichnet.

Zweifellos sind diese Direktorengelöhner unmoralisch, aber die kirchlichen „Grundsätze“ sind sehr dehnbar. Die Kirche mischt sich sonst in alle Dinge hinein, ja sie schreibt sogar den Frauen vor, wie sie sich kleiden sollen, wenn aber die Kapitalisten Todlinden begehren und den Arbeitern am Lohnstage die Gelder vorenthalten, so schweigt sie dazu.

Schweigen mit den katholischen Grundsätzen ganz gut vereinbaren.

Eine sonderbare Logik ist das jedenfalls, wenn man Frauenkleider beanstandet und die Kapitalisten vor der Begehung der Haupttünde nicht warnt.

Man muß schon der Regierung mehr Mut zuschreiben, denn sie hat bei der Kattowitzer Aktiengesellschaft angefragt, ob sie die Direktorengelöhner abgebaut hat.

Vorkünftig ist das nur eine Anfrage, und obwohl sie zweifellos sehr peinlich ist, für die Direktoren natürlich, so haben wir noch lange keine Gewißheit, ob der lange Arm der Regierung so weit reichen wird, um den Direktoren von den Riesengehältern etwas zu nehmen.

Ernst der Lage erkannt und das ist ein Erfolg des Streits

in der industriellen Interessengemeinschaft. Dieser Schritt ist geeignet, der ersten Situation Rechnung zu tragen. Schließlich sind nicht die Gesetze dazu da, um nur auf den Schrankefächern zu liegen, sondern um angewendet zu werden. Wir gestehen, daß dieser Schritt geeignet ist, das Interesse des Großkapitals, das durch den Raubbau unter Null gekunten ist, zu heben, denn wenn für die Direktoren Riesengehälter gezahlt werden, während die Arbeiter und Angestellten um die Lohngrößen einen Kampf führen müssen, dann hört die Gemütlichkeit mit einer solchen Wirtschaft auf.

Jugendliche Eisdiebe. Eine Gruppe von Jugendlichen, denen einige nach ihrem Schulaustritt keine Beschäftigung hatten, verlegten sich auf Diebstähle von Eisen in der Königshütte. Als sie wieder einmal am 22. Januar d. Js. mit einer größeren Menge Eisen das Hüttengelände verlassen wollten, wurden von einem Nachwächter gefaßt und der ihre Verhaftung anlaßte.

Veränderung der Regulierung des Schwarzen Grabens. Scheinbar in Folge der fortgesetzten Klagen der Anlieger, ist der Kawaverband gewillt, nach einem neuen Plane die Regulierung des Schwarzen Grabens vorzunehmen und hat um die behördliche Genehmigung nachgehnt.

Neuheidel. (Gartendiebe vor Gericht.) Die Arbeitslosen Walter S., Theodor U. und Carl R. alle aus Neuheidul, stalteten in der Nacht zum 19. April d. Js. den Garten der Gemeinde Neuheidul einen Besuch ab und entwendeten aus den erbrochenen Lauben verschiedene Geräte.

Priak. (Zunehmen der Unglücksfälle in den Notshächten.) Gestern vormittags ereignete sich in den Notshächten im Ortsteil Priak, an der ulica Jagiellonska, ein Unglücksfall. Beim „Bördern“ stürzte ein Stellen ein und grub den 27 Jahre alten Arbeitslosen Josef Jendrecko, von der ulica Wandy 15, unter sich.

Siemianowicz

Der Demobilisierungskommissar auf der Maggrube.

Am gestrigen Mittwoch weilte eine Kommission unter Führung des Demobilisierungskommissars auf der Maggrube, um die Wirtschaftslage der Grube zu prüfen.

Es ist nichts so fein gesponnen... Ein Taschendieb, welcher vor einigen Tagen einer Frau G. Mathes, von der ul. Wastel, einen Geldbetrag gestohlen hatte, wurde jetzt von dieser auf der Straße wiedererkannt und einem Polizeibeamten übergeben.

Auf zum Jugendtreffen und Weltkindertag am 2. Oktober im Volkshaus, Königshütte - Morgenseier, Beschäftigungen, Abendveranstaltung

